

Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Band: 26 (2019)
Heft: 293

Rubrik: Perspektiven

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Perspektiven

Wahlen I: Paul Rechsteiner im grossen Interview. Von Roman Hertler und Corinne Riedener

36

Wahlen II: Roland Rino Büchel – Showman an der rechten Seitenlinie. Von Roman Hertler

41

Wahlen III: Warum hat es so wenig queere Menschen im Schweizer Parlament? Von Anna Rosenwasser

42

Die Kohlestadt: Flaschenpost aus Frostburg. Von Miriam Rizvi

44

«DIE RECHTE FÄHRT NUR NOCH NIEDERLAGEN EIN»

Paul Rechsteiner will Ständerat bleiben und tritt am 20. Oktober erneut an. Im Interview spricht er über regionale und städtische Entwicklung, über den gesellschaftlichen Aufbruch, dem Politik und Medien noch hinterherhinken, und über die Wichtigkeit ausserparlamentarischer Bewegungen. Interview: Corinne Riedener und Roman Hertler, Bild: Georg Gatsas

Saiten: Paul Rechsteiner, welches sind die drei wichtigsten Baustellen für die Ostschweiz in den nächsten Jahren?

Paul Rechsteiner: Ganz zentral ist der weitere Ausbau des öffentlichen Verkehrs und insbesondere der Bahnverbindungen. Die Ostschweiz hinkte diesbezüglich lange hinterher, aber seit 2011 hat sich einiges getan: Die stündlichen Verbindungen ins Rheintal kommen 2025, die schnelle Verbindung nach München Ende 2020. Die Anbindung an den Fernverkehr muss aber noch besser werden. Damit zusammenhängend muss auch das S-Bahn-Netz besser ausgebaut und getaktet werden. Es muss alles ineinandergreifen, wenn man eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik anstrebt, die für mittlere und längere Distanzen auf die Bahn setzt. Dazu gehört auch der Ausbau des Langsamverkehrs und der städtischen Verkehrsbetriebe. In St.Gallen müsste beispielsweise die Tramlinie wieder auf die Traktandenliste.

Und abseits der Verkehrspolitik? Wo muss sich die Ostschweiz entwickeln, wo kann sie sich entwickeln?

Wir müssen eine Zukunft denken, die den ganzen Bodenseeraum miteinbezieht – eine Ostschweiz im weiteren Sinn. Dieser Raum ist wirtschaftlich, aber auch bildungs- und kulturpolitisch hoch spannend. Die Ostschweiz hat sich lange Jahre als periphere Region verstanden, doch die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte zeigen ein anderes Bild. Die wirtschaftliche und industrielle Verdichtung beispielsweise ist sehr hoch, und mit den beiden Unis St.Gallen und Konstanz hätten wir zwei wichtige Bildungsinstitutionen – die leider nicht zusammen gedacht werden.

Die Metropolitanregion, eines Ihrer Lieblingsthemen.

Darunter versteht man verdichtete Zentren mit über 500'000 Menschen, die sich als eigenständige, urbane Entwicklungsräume verstehen. Zum Beispiel der Grossraum Zürich, die Westschweiz oder die grenzüberschreitende Region Basel. Die Region St.Gallen-Bodensee-Rheintal – das Rheintal beidseits des Rheins – hätte gute Chancen, auch ein solcher Metropolitan-

raum zu werden, sofern man sich über die politischen Grenzen hinaus verständigt. Das wäre ja auch ungefähr das Einzugsgebiet von Saiten ...

Wir arbeiten daran. Aber zurück zur Ostschweiz: Wir könnten bestimmt auch noch einiges lernen von unseren Nachbarn.

Sicher. Man kann immer voneinander lernen, sich gegenseitig befruchten, die mentalen Grenzen überwinden. Verkehrspolitisch zum Beispiel ist das Vorarlberg um einiges weiter als wir. Die Velonetze sind viel besser ausgebaut.

Und die dritte wichtige Baustelle?

Die Kulturinvestitionen. Auch da haben wir schon einiges erreichen können, aber es gibt noch Luft nach oben. In der neuen Kulturbotschaft des Bundes ist nun auch die Ostschweiz stärker vertreten, davor ist sie ja kaum vorgekommen auf der Landkarte. St.Gallen hat ein reiches Kul-

Politkulturell ist die Stadt St.Gallen der Realpolitik lange einen Schritt voraus gewesen.

tureerbe und mit dem Theater oder dem Stiftsbezirk einige grosse Institutionen. Dann die ganze Textilvergangenheit: Wenn man dieses Thema mehr in die Zukunft denken würde, sich ein bisschen von alten Verkrustungen lösen könnte, gäbe es hier ein Stück sehr lebendige, über die Landesgrenzen hinaus relevante Textilgeschichte zu erzählen. Oder das Lagerhaus, zusammen mit Lausanne DIE Institution in Sachen Art Brut. Auch das ist weit über die Landesgrenzen hinaus relevant und dürfte noch weiter gefördert werden.

Welche Rolle hat die Stadt St.Gallen in diesem ganzen Metropolitan-Gefüge? Was funktioniert in der Kantonshauptstadt, was fehlt?

Politkulturell ist St.Gallen der Realpolitik lange einen Schritt voraus gewesen. Aus dem grossen Aufbruch in den 80er-Jahren sind einige wichtige Institutionen entstanden, etwa das Kinok, die Frauenbibliothek Wyborada oder die Grabenhalle. Später sind andere Institutionen wie das Archiv für Frauen-, Geschlechter-

und Sozialgeschichte, das Palace oder die Lokremise hinzugekommen. Das ist beachtlich für eine Stadt mit 80'000 Einwohnern – und war immer auch über die Stadt- und Kantonsgrenzen hinaus gedacht. St.Gallen hat also durchaus schon seinen Platz in der Metropolitanregion, die berühmte Zentrumsausstrahlung.

Manche monieren, in St.Gallen gebe es zu viel Kultur oder zu schlecht besuchte Veranstaltungen, beispielsweise Konzerte, die in Städten wie Zürich, Paris oder London eine Halle füllen würden.

Ach, Tops und Flops gibt es doch überall. Man soll sich nicht ständig nach Zürich oder anderswo orientieren, sondern die Perlen vor der eigenen Nase nicht übersehen. Ich bin zum Beispiel ein grosser Film-Fan und gehe gerne ins Kinok, an dessen Aufbau ich damals beteiligt war. Das Programm ist sehr sorgfältig kuratiert und die Filme laufen teilweise besser als in Zürich, da sich dort mehrere Programmkinos den Platz teilen. Es gibt also auch das Gegenteil. Letztlich leben eine Stadt und ihre Kultur auch vom Generationenwechsel, das haben wir auch in St.Gallen immer wieder erlebt. Heute haben wir einige Institutionen mit grosser Strahlkraft. Wenn Freunde von ausserhalb uns besuchen und wir einen Stadtrundgang machen, staunen sie immer über unsere kulturelle Vielfalt.

Wo führen Sie Ihre Gäste jeweils hin?

Wir schauen uns den Stiftsbezirk an, die Lokremise, aber auch Orte wie das Paul-Grüninger-Stadion. Und die binäre Bahnhofsuhr, die ja durchaus avantgardistisch ist. Das meine ich, wenn ich sage, dass St.Gallen in manchem einen Schritt voraus ist. Oder die Publikumsbibliothek in der Hauptpost: So rau und provisorisch sie ist, so niederschwellig ist sie auch. Mir gefällt dieser urbane Groove.

Sie sind seit den 70er-Jahren politisch und kulturell engagiert. Wie haben Sie die Anfangszeit damals erlebt?

Nach dem Studium in Fribourg und Berlin bin ich nach St.Gallen zurückgekommen und war zuerst vor allem gewerkschaftlich unterwegs. Ich war zwar schon lange ausserparlamentarisch aktiv, woll-



te aber nicht zu einer der linken Splittergruppen, nicht in eine neue «Sekte», darum bin ich dann in die SP eingetreten, die damals zwar noch kleiner, aber sehr breit aufgestellt war, und wurde relativ schnell Präsident der Stadtpartei und in den Gemeinderat gewählt. Das Parlament damals war sehr spannend. Der Anti-Strassenbau-Kampf hat eine grosse Rolle gespielt, das Nein zum Splügenanschluss. Diese Abstimmung haben wir leider knapp verloren, trotz grosser Bewegung. Das waren richtig emotionale Debatten damals! Den zweiten grossen Kampf, jenen gegen die Südumfahrung, haben wir dann gewonnen.

Sie sagen, die Verbindung der SP zu ausserparlamentarischen Linken sei damals stark gewesen. Wie wichtig waren sie?

Es braucht sie! Ganz gross war zum Beispiel die Anti-Apartheid-Bewegung in den 80ern, zu der auch St.Gallen viel beigetragen hat. Damals gab es riesige Demonstrationen und viele Vorstösse auf nationaler Ebene. In der Ostschweiz war der Kampf gegen den Waffenplatz Neuchâten-Anschwilien sehr präsent. Auch die Bewegung gegen den Schnüffelstaat im Zuge der Fichenaffäre in den 90ern hat einiges ins Rollen gebracht, unter anderem die grösste Demo, die ich in Bern jemals

In St.Gallen hat es zum Glück schon früh eine starke feministische Bewegung gegeben, was auch meinem persönlichen Lernprozess gutgetan hat.

erlebt habe. Bewegungen waren immer schon sehr wichtig für die parlamentarische Politik. Und ja, es gibt immer Leute, die sagen «Hände weg von der Realpolitik», aber die parlamentarische Arbeit braucht es für die Umsetzung von Ideen – es ist ein Zusammenspiel. Nicht zuletzt deshalb haben ja auch die Rechten in dieser Phase entdeckt, wie wichtig der Staat ist. Nur dass sie staatliche Institutionen schwächen wollen, anders als die Linke.

Welche Bedeutung haben die ausserparlamentarischen Bewegungen heute für die Politik?

Ohne sie geht es nicht, siehe Frauen- und Klimastreik. 2019 ist bis jetzt ja ein sehr tolles, bewegtes Jahr. Ich bezweifle stark, dass sich ohne diese Bewegungen politisch ernsthaft etwas verändert hätte. Im Bundeshaus und auch in vielen Kantonsparlamenten hat man extrem sensibel auf den Druck von der Strasse reagiert. Das merke ich auch bei mir selber: Ich habe mich in letzter Zeit wieder viel ernsthafter mit Geschlechtergerechtigkeit und der Klimakatastrophe auseinandergesetzt, habe viel gelesen und diskutiert. Die Politik ist ohnehin immer dann am spannendsten, wenn sich etwas anfängt zu bewegen. Das war schon beim Frauenstreik 1991 so: Er ist der Gesellschaft schock-

artig eingefahren und fünf Jahre später hatten wir ein ziemlich wegweisendes Gleichstellungsgesetz. Das wäre ohne den Streik nicht vorstellbar gewesen. Auch den Linken und Gewerkschaften ist das übrigens recht eingefahren. Der Frauenstreik wurde in den Gewerkschaften initiiert. Lange Zeit waren sie aber in der Realität noch sehr patriarchal geprägt.

Und Sie waren Teil dieses Patriarchats.

Wir wurden halt so sozialisiert ... In meinem Bewusstsein habe ich das natürlich nicht so gesehen, aber mein konkretes Verhalten war sicher verbesserungswürdig. In St.Gallen hat es zum Glück schon früh eine starke feministische Bewegung gegeben, was auch meinem persönlichen Lernprozess gutgetan hat.

Wie hat sich der Politbetrieb in den letzten Jahren verändert? Ist der Ton wirklich so viel rauher geworden, wie manche sagen?

Also wenn ich ihn mit den Debatten im englischen Unterhaus vergleiche, gehört der Umgangston in der Schweiz definitiv in die Kategorie Zuckerwasser. Alles ist sehr gesittet. Allerdings würde ich das Schweizer Parlament nicht unterschätzen. Im Nationalrat haben wir eine grosse Breite, viele gesellschaftliche Bewegungen schwappen rein. Der Ständerat wiederum hat eine andere Dimension. Seit meinem Wahlsieg 2011 und dem Sitzgewinn im Aargau ist die SP im Ständerat keine Randgruppe mehr, sondern die SVP. Das hat eine neue Dynamik gebracht: Der Ständerat ist weniger medial orientiert und in seinen Kommissionen haben wir eine ganz neue Qualität des Austauschs – und somit auch massiv bessere Problemlösungskapazitäten. Der Ständerat ist heute nicht mehr der Bremsklotz, sondern die Instanz, die Dinge voranbringt.

Trotzdem: «Linke», «Nette» und «Gutmenschen» – das sind Schimpfwörter. Warum?

Das hat auch mit den Medien zu tun, die der SVP symbolische Macht zubilligen. In den Nullerjahren haben wir einen unglaublichen Aufstieg dieser Partei erlebt. Noch schlimmer war aber, dass sich die Mitteparteien im Zuge dieses Aufstiegs vermehrt rechts positioniert haben. Die SVP selber hatte nie Mehrheiten, sie hatte sie nur dank der Mitte. Seit unserem Sieg mit dem «Dringenden Aufruf» gegen die Durchsetzungsinitiative 2016 hat sich das Blatt aber gewendet. Die Rechte fährt nur noch Niederlagen ein.

Ist die Zeit der marktschreierischen Auftritte von rechts also vorbei? Sprechen wir endlich wieder über Inhalte?

Es hat wieder eine neue Zeit begonnen, das ist vielleicht in den Medien noch nicht richtig angekommen: Eine Zeit, in der die Menschenrechte und die Vielfalt wieder zählen. Die Zeiten sind spannend, und die Zeichen stehen gut, dass vieles

wieder neu und positiv gedacht werden kann. Die Politik hinkt zwar noch ein bisschen hinterher, aber gesellschaftlich tut sich gerade ungemein viel.

Als die Schwarzenbach-Initiative zur Abstimmung kam, waren Sie in der Kanti und haben die Fremdenfeindlichkeit rückblickend als «enorm» empfunden. Wir sind Jahrgang '84 und '87 und haben nicht das Gefühl, dass sich daran gross etwas geändert hätte. Wie sehen Sie das?

Interessante Frage ... Die unglaubliche Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Italienern zum Beispiel, den «Tschinggen», kann man sich heute kaum mehr vorstellen. Das gibt es heute so nicht mehr. In der Schweiz brennen auch keine Asylhei-

Eine Gewerkschaft, die nicht in der Lage ist, die Interessen der Leute vor Ort zu verteidigen, kann abdanken, da sie ihren Job nicht macht.

me mehr. Trotzdem ist die Fremdenfeindlichkeit nach wie vor ein riesen Problem – vor allem wegen der SVP, die ja nur dieses eine Thema bewirtschaftet. Gesellschaftlich gesehen, in der realen Integration, hat sich aber vieles verändert. Jetzt, während dem Wahlkampf, mache ich wieder viele Begegnungen auf der Strasse, treffe ständig Menschen, die gute Erfahrungen machen. Binationale Ehen zum Beispiel sind heute viel häufiger als früher. Seit den 60er- und 70er-Jahren ist die Schweiz unglaublich farbig geworden. Die Gesellschaft ist in Bewegung, nur ist das noch nicht überall angekommen. All das Positive an diesen Entwicklungen aufzuzeigen, wäre auch eine Aufgabe der Linken.

Trotzdem stimmen wir demnächst über die Begrenzungsinitiative der SVP, die die Personalfreizügigkeit abschaffen will, ab.

Ja, das dürfen wir nicht unterschätzen. Die Schweiz war seit den 50er-Jahren geprägt von Kontingentierungen, vom Saisonierstatut. Das hat eine Spaltung der arbeitenden Bevölkerung mit sich gebracht. Mit den bilateralen Verträgen und der Personenfreizügigkeit – samt Lohnschutz – und der Abschaffung der Schande des Saisonierstatuts hat sich der Schweizer Arbeitsmarkt dann massiv zum Positiven verändert. Die neue Orientierung der Gewerkschaften gegen die Diskriminierung der Migrantinnen und Migranten war dafür entscheidend. Die Begrenzungsinitiative will diese Entwicklungen wieder rückgängig machen. Darum muss auch dieser Abstimmungskampf wieder mit einem grossen Engagement geführt werden. Da ist noch gar nichts gewonnen.

Den Gewerkschaften geht es wie den Landeskirchen: Immer weniger wollen dabei sein. Warum ist das so?

Gewerkschaftspolitisch haben wir einiges erreicht in den letzten Jahrzehnten. Die Gewerkschaften waren Schlüsselorganisationen, wenn es um Renten, flankierende Massnahmen und die bilateralen Verträge ging. Sie haben für eine soziale Orientierung der Linken gesorgt. Die SP oder die Grünen würden sich nie so stark sozial orientieren ohne starke Gewerkschaften – im Gegensatz zu den Grünliberalen, die in der sozialen Frage quasi eine Tarnorganisation von Economiesuisse mit ökologischem Einschlag sind. Ihr habt aber schon Recht: Alle kollektiven Organisationen, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, haben ein grosses Mitgliederproblem. Zwar werden die Gewerkschaften von vielen als extrem wichtig beurteilt, aber Mitglied zu werden, können sich dann doch viele nicht vorstellen. Der Sprung von der Sympathie zur Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften nur beschränkt gelungen. Das hat auch zu tun mit der Individualisierung unserer Gesellschaft, deren Kehrseite die Vereinzelung ist. Diese führt zu einem Gefühl der Machtlosigkeit. Die Leute wollen sich nicht mehr einbringen, weil sie denken, ohnehin nichts bewirken zu können.

Auf der einen Seite gibt es den linken Internationalismus, auf der anderen Seite die Interessenwahrung der Arbeitenden innerhalb der Schweiz. Das beisst sich.

Jein. Eine Gewerkschaft, die nicht in der Lage ist, die Interessen der Leute vor Ort zu verteidigen, kann abdanken, da sie ihren Job nicht macht. Natürlich muss man über die eigene Nasenspitze denken und die grösseren Zusammenhänge sehen. Der eigene Arbeitsplatz hängt ja auch von vielen äusseren Einflüssen ab, von wirtschaftlichen und europapolitischen Entwicklungen. Der Nationalstaat sollte darum weder unter- noch überschätzt werden. Der Sozialstaat hängt vom Nationalstaat ab, da braucht es Regulierungen. Die Schweizer Wirtschaft hingegen ist international so verflochten wie kaum eine andere, dessen muss man sich bewusst sein. Diese Gratwanderung gemeinsam zu begehen, ist eine Herausforderung.

Denken wir noch ein paar Jahre voraus: Wie sollte man aus gewerkschaftlicher Sicht mit der Digitalisierung, dem technologischen Wandel umgehen? Oder anders gefragt: Was bringt es zum Beispiel, gegen die Schliessung von Poststellen zu demonstrieren, wenn über kurz oder lang ohnehin viele verschwinden werden?

Das Thema Logistik bleibt auch in einer digitalisierten Welt wichtig. Die Dinge müssen ja trotzdem geliefert werden. Die Frage ist, wie das Poststellennetz in Zukunft aussehen soll. Wie werden die ab-

gelegenen Regionen bedient? Wie viele Poststellen braucht es und wo sollen sie sein? Nicht nur bei der Post, auch sonst werden viele Dienstleistungen physisch bestehen bleiben, zum Beispiel im Gesundheitswesen oder im öffentlichen Verkehr. Diese Jobs werden nicht einfach alle wegfallen und haben auch eine Zukunft, davon bin ich überzeugt. Die Digitalisierung bringt zwar Herausforderungen, aber auch Chancen. Es werden auch neue Jobs geschaffen. Was zum Beispiel früher die Ingenieure waren, sind heute die Informatiker. Wie die Jobbilanz schlussendlich aussehen wird, ist schwer zu sagen. Letztlich geht es um die Frage, wie man mit digitalen Techniken so umgehen kann, dass sie mehr nützen als schaden.

Und die Sozialdemokratie? Ihre arbeitende Basis der 70er-Jahre ist weggebrochen und wählt heute teilweise SVP, weil sie vermeintlich auch Lösungen präsentiert. Was muss sie tun, damit ihre «Politik für alle» auch wirklich zu allen durchdringt?

Ich glaube, dass der Anteil der Leute mit tiefem Einkommen, die SVP wählen, überschätzt wird – sofern sie denn wählen dürfen. Da gibt es meiner Meinung nach eine Tendenz nach links. Aber mir fällt auf, dass immer mehr über sie als mit ihnen geredet wird, das ist bedauerlich. Es geht nichts über den persönlichen Kontakt, das sehe ich auch immer wieder bei mir selber, wenn ich mit Leuten auf der Strasse ins Gespräch komme. Gerade die sozialen Fragen sind extrem

Letztlich geht es um die Frage, wie man mit digitalen Techniken so umgehen kann, dass sie mehr nützen als schaden.

präsent: Arbeiten im Alter, Renten, Krankenkassenprämien und so weiter. Die soziale Frage ist heute in den Parlamenten und in den Medien geradezu tabuisiert. In den Gewerkschaften ist sie aber sehr präsent.

Hat es auch damit zu tun, dass die Medienschaffenden und Politikerinnen tendenziell nicht gerade zum Arbeitermilieu gehören?

Mag sein. Oder sie orientieren sich an einem vermeintlichen Konsens. Die Rentenhöhe zum Beispiel ist kaum ein Thema. Bei den Leuten auf der Strasse aber sehr wohl, denn viele machen sich Sorgen, wenn die Rente immer mehr schrumpft, obwohl sie immer mehr einzahlen.

Stattdessen wird uns gesagt, ihr müsst halt individuell für eine dritte Säule schauen.

Genau, man soll einfach noch mehr selber sparen. Dabei ist das genau das falsche Konzept. Die Kapitalakkumulation in der Schweiz ist jetzt schon enorm. Die Schweiz schwimmt im Geld. Allerdings

ist es extrem ungleich verteilt. Die Banken und Vermögensberatungen profitieren natürlich von diesen Zweit- und Drittsäulenlösungen, aber nicht wir als Gesellschaft. Dabei ist längst klar, was zu tun ist: die AHV stärken.

Wie überwinden wir diese Diskrepanz?


Der Problemdruck in der Sozialpolitik ist eigentlich so gross, dass man meinen könnte, es tut sich politisch was. Dem ist im Moment nicht so – aber manchmal geht plötzlich alles sehr schnell. Es passieren auch Überraschungen, zum Beispiel in der Klimapolitik. Plötzlich haben wir Lösungen, die vor ein paar Jahren noch undenkbar gewesen wären. Schauen wir zurück: 1986 war Tschernobyl in aller Munde, wenig später wurde das Kernkraftwerk Kaiseraugst beerdigt. Danach ist die Bewegung etwas im Sand verlaufen und das Thema war jahrelang nicht mehr auf der politischen Agenda – bis Fukushima 2011. Dann ging plötzlich wieder alles sehr schnell, Bundesrätin «Atom-Doris» Leuthard hat eine Kehrtwende vollzogen und die Energiestrategie 2050 vorangetrieben. Ich hoffe, dass dieser Drive nun anhält.

Falls Sie nun abgewählt werden sollten, was machen Sie dann? Schliessen Sie sich der Klimajugend an? Oder wars das dann mit politischem Engagement?

Das ist nicht die Perspektive. Ich hatte mich immer Kampfwahlen zu stellen. Bisher haben wir sie immer gewonnen, dank dem starken Engagement vieler.

Corinne Riedener, 1984, ist Saitenredaktorin.

Roman Hertler, 1987, ist Saitenredaktor.



POTENTIALe Feldkirch
8. bis 10. November

SUBJEKTe.AT

Urs Bürki Product-Design Art Director
zarvava.ch
Universalmesser von Güde Solingen Anfang der 1960er Jahre



POTENTIALe Feldkirch
8. bis 10. November

SUBJEKTe.AT

Fredy Alexander Lienhard Selbständig Geschäftsführer
autobau.ch
2001 Dallara Judd V10 Le Mans Prototyp LMP1 4.0L V10
Motor 700 PS Fahrzeuggewicht 875 kg



POTENTIALe Feldkirch
8. bis 10. November

SUBJEKTe.AT

Gerd Plange Industriedesigner International Watch Co. Schaffhausen
Senior Project Manager Special Projects
iwc.com
Analoge Sucherkamera Voigtländer Vitomatic 1 Baujahr 1958



POTENTIALe Feldkirch
8. bis 10. November

SUBJEKTe.AT

Sonja Frick Master of Arts Royal College of Art London
Designerin Dozentin Philosophin Gärtnerin
Kursleiterin Schule für Gestaltung GBS St. Gallen
gbssg.ch 3hcreate.com derlandgarten.org
Bücher seit 1452

SHOWMAN AN DER RECHTEN SEITENLINIE

Für die einen ist Roland Rino Büchel der «Saubermacher», der sich gegen die Korruption in der mächtigen Fifa auflehnt. Für die anderen ist er ein rechter Polemiker. Jetzt will der Rheintaler SVP-Mann in den Ständerat. Text: Roman Hertler

Die eidgenössischen Wahlen 2007 waren Roland Rino Büchels politische Sternstunde. Zwar wurde er nicht nach Bern gewählt, aber auf dem ersten Ersatzplatz der SVP-Liste hinter Jasmin Hutter war er massgeblich am Erdrutschsieg der SVP im Kanton St.Gallen beteiligt. In Büchels Wohngemeinde Oberriet erreichte sie 54 Prozent, den höchsten Stimmenanteil im ganzen Land. Die SVP war schweizweit auf dem Vormarsch. Und hätte Toni Brunner im «Sturm aufs Stöckli» reüssiert, wäre Büchel direkt in den Nationalrat nachgerutscht.

Damit musste sich der Rheintaler aber noch etwas gedulden. Erst 2010 rückte Büchel für die zurückgetretene Jasmin Hutter nach. Der begeisterte Mountainbiker nahm für seine erste Fahrt nach Bern das Velo. Jetzt, neun Jahre später, will Roland Rino Büchel in den Ständerat. Erklärtes Ziel der SVP-Kantonalpartei ist die Restitution der ungeteilten bürgerlichen Standesstimme.

Insolvenz als Glücksfall

2001 ging der Sportvermarkter ISL, damals Hauptgeschäftspartner der FIFA für die Fussball-Übertragungsrechte, konkurs. Der Konkurs der ISL war neben dem Swissair-Grounding einer der grössten der Schweiz. Als Nebeneffekt aus dem Gerichtsverfahren, das der Kanton Zug 2007 gegen fünf ISL-Manager und den Vizepräsidenten angestrengt hatte, kam ein weitverzweigtes Korruptionssystem ans Tageslicht. Schmiergelder in der Höhe von weit über 100 Millionen Franken waren an FIFA- und IOC-Funktionäre geflossen.

Für Roland Rino Büchel, der ab 1999 für ISL arbeitete, entpuppte sich die Insolvenz im Nachhinein als Glücksfall. Büchel etablierte sich dank seines Insiderwissens rasch als international anerkannter FIFA-Kritiker und Vorkämpfer gegen Korruption in Sportverbänden. Tatsächlich war er es, der den FIFA-Korruptionsfall kurz nach seinem Amtsantritt als Nationalrat aufs politische Tapet brachte und das Thema eifrig beackerte. Sobald sich Büchel einmal in Position gebracht hatte, gelangten immer mehr Informanten direkt an ihn. Sein Informationskapital äufnete sich mit der Zeit praktisch von alleine. Bald klopfen sogar BBC, «Al Jazeera» und das japanische Fernsehen bei ihm an.

Das Narrativ funktioniert nicht nur an den Stammtischen: Der kleine Büchel zieht gegen den mächtigsten Sportverband der Welt ins Feld. Sogar die WOZ sprach anerkennend vom «Mann in Blatters Nacken». Vor vier Jahren adelte die NZZ den Oberrieter mit dem Titel «Der Saubermacher». Die Autorin des Portraits schrieb: «So elegant sich der SVP-Politiker auf



Ein altes Gespann: Teilnehmer Toni Brunner und Organisator des EDA-Cup 1997, Roland Rino Büchel. (Bild: pd)

internationalem Parkett bewegt, so einfach bringt er es im Dialekt auf den Punkt.» Als Büchel Ende August diesen Jahres seine Kandidatur für den Ständerat ankündigte, kam das «Tagblatt» zum fast genau gleichen Schluss: «So elegant sich der Aussenpolitiker auf dem internationalen Parkett bewegt, so direkt bringt er es in seinem Rheintaler Dialekt auf den Punkt.»

Weitgereister Haudegen

Büchel ist viel herumgekommen und beherrscht Englisch, Italienisch, Französisch und Spanisch fließend. 2000 organisierte er die Futsal-WM in Guatemala; 2001 die U17-WM in Trinidad und Tobago; 2002 die Afrikameisterschaften in Mali. 1988/89 absolvierte er eine diplomatische Stage auf den Schweizer Botschaften und Konsulaten in Venedig, Marseille, Mailand, Buenos Aires und Paris. Auch als Sponsoring-Leiter der Schweizerischen Käseunion von 1992 bis 1999 – in dieser Phase ging das Schweizer Ski-Nationalteam mit den Käse-Dresses an den Start – ist Büchel viel gereist.

Büchel tritt allgemein als umgänglicher und kollegialer Typ auf. Wenn ihm etwas aber nicht passt, greift er gerne zum verbalen Zweihänder. Und vergreift sich bisweilen auch im Ton. 2007 reichte er im Kantonsrat einen Vorstoss ein, in dem er kritisierte, dass einem arbeitslosen Ägypter Flugstunden im Altenrhein bezahlt worden seien. Nach fünf Fluglektionen und einigen Theoriestunden wurde die Ausbildung plötzlich abgebrochen. Beim Flughafen Altenrhein fühlte man sich – wohl auch auf Hinwirken Büchels hin – an die Terroranschläge vom 11. September 2001 erinnert. In «Schweiz aktuell» habe der Ägypter dann auf die Tränendrüse gedrückt, schrieb Büchel auf seiner Homepage. «Falls der Mann nicht bald arbeitet, anstatt sich von uns sein Hobby finanzieren zu lassen, werde ich beim RAV und dem zuständigen Regierungsrat gewaltig Gas geben. Das garantiere ich.» Inhaltlich wurde Büchels Interpellation gar nicht erst verhandelt und aus formalen Gründen abgelehnt. Damals waren sich auch Parteikollegen Büchels einig, er sei zu weit gegangen.

Auf «TeleZüri» oder im «Tagblatt» schimpft Büchel heute gerne über die Klimabewegung und die «naseweise» Greta Thunberg. Am WEF im Zelt schlafen, die ganze Show sei lächerlich, findet er. Greta werde von ihren Eltern gepusht, die bloss ihr mangelndes Talent kompensieren wollen. Wo man «enart» sei, fragt Büchel empört; ob man ehrlich und authentisch sein wolle oder sich lächerlich machen mit derartigen PR-Shows. In seiner Jugend sei keine Zeit gewesen für idealistische Träumereien. Die arme Greta habe zudem das Pech, im besserwisserischen «Gutmenschenland Nummer eins», Schweden, geboren zu sein.

Büchel ist Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, die er 2015 bis 2017 präsidierte. 2014 stellte er sich als Co-Präsident der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Russland auf den Standpunkt, die Schweiz dürfe sich nicht an den US- und EU-Sanktionen gegen Russland infolge der Krimkrise beteiligen. Vergangenes Jahr stellte er im Nationalrat die Frage, weshalb es der Bundesrat unterlassen habe, dem demokratisch gewählten Präsidenten Brasiliens, eines Landes also, dem man eng verbunden sei, offiziell zu gratulieren: Bolsonaro, dem Zerstörer des Dschungels und Verfolger indigener Stämme, die sich für ihre Rechte und ihr Land einsetzen.

Büchel ist gerne in teuren Autos unterwegs. Seine Eltern haben seit den 1960er-Jahren einen Garagenbetrieb aufgebaut, Büchel selber ist im Familienbetrieb engagiert. In welchem Umfang, ist nicht klar. Allgemein ist nicht bekannt, wie Büchel heute sein Geld verdient. Als Berufspolitiker würde er sich wohl sehr ungern bezeichnet wissen. Auf seinem Nationalratsprofil bezeichnet er sich als Sportmanager und Kleinunternehmer. Für wen er konkret arbeitet, wollte Büchel auf Saiten-Anfrage nicht beantworten.

QUEEREINSTEIGER*INNEN

Zehn Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sind queer – im Parlament ist der Anteil sehr viel geringer. Ist das schlecht? Und falls ja: Was kann man dagegen tun? Text: Anna Rosenwasser



Marianne Huguenin war die erste geoutete Politikerin im Parlament.

Eigentlich gab es sie schon seit 2013, die Initiative. Ein Nationalrat aus der Westschweiz hatte sie eingereicht, mit dem eigentlich einfachen Wunsch: Kann es bitte illegal werden, eine Gruppe aufgrund ihrer sexuellen Orientierung herabzusetzen? Die Initiative, letztlich eine Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm, wurde im langsamen Parlaments-Pingpong hin- und hergeschoben. Vier Jahre später gab es eine Ergänzung seitens der Rechtskommission: Die Geschlechtsidentität sollte ebenfalls reinkommen, damit auch trans Menschen und intergeschlechtliche Personen, zwei besonders verletzte Gruppen, besser vor Diskriminierung geschützt werden.

Der Nationalrat fand das gut. Aber im Ständerat rumorte es. «Wenn sie dem hier zustimmen, dann hört das nie auf», sagte etwa ein Walliser FDP-Ständerat. Sonst, so sein Argument, müsste man das Diskriminierungsverbot ja auch auf Behinderungen ausweiten, oder gar aufs Geschlecht! Und sowieso, sagte ein Glar-

ner FDP-Ständerat, sei der Begriff der Geschlechtsidentität schwammig. Die Initiative wurde wieder reduziert auf die sexuelle Orientierung. (Dann ergriff die rechte EDU das Referendum. Aber das ist eine andere Geschichte.)

Wie kann es passieren, dass ein Parlament den Schutz vor Diskriminierung aktiv verhindern will? Dass ein Ständerat – öffentlich und ungescholten – einen international und juristisch etablierten Begriff wie Geschlechtsidentität als «schwammig» abtun kann? Woher kommt es, dass ein wesentlicher, mächtiger Teil des Parlaments ein Thema, das LGBT (also lesbische, schwule, bisexuelle und trans Menschen) sehr wesentlich betrifft, derart vernachlässigt?

Ein Teil dieses Unwissens, dieser gleichgültigen Nicht-Priorisierung, hat einen anderen Ursprung als die blosse rechtskonservative Mehrheit – zumindest einen, der vermutet werden kann: In unserem Parlament sitzt fast keine Person, die von solchen Diskriminierungen betroffen sein könnte.

24 Regenbogen

Statistiken über LGBT-Identitäten sind immer schwierig. Die Schweizer Organisation Edu-queer, die Lehrmaterial zu LGBT-Themen anbietet, geht davon aus, dass in jeder Schweizer Schulklasse ein bis zwei queere Kinder beziehungsweise Jugendliche sitzen – was vor allem auf dem Land relevant sein dürfte, in einem Alter, in dem man noch nicht in die etwas queerfreundlicheren Städte zieht. Die LGBT-Jugendorganisation Milchjugend hantiert ebenfalls mit einer groben Schätzung von zehn Prozent Queer-Anteil in der Schweizer Bevölkerung. Auf das Parlament gerechnet mit seinen 246 Sitzen wären das also etwa 24 (mit vielleicht noch einem bi-curious Parlamentarier oder so).

Schwenken also 24 Politiker*innen stolz das Regenbogenfähnli im National- und Ständerat? Nein, aus zwei sehr verschiedenen Gründen. Der erste: Eine queere Identität führt nicht automatisch zu queer-freundlicher Politik. Später mehr dazu. Der zweite: So viele geoutete Parlamentarier*innen gibts gar nicht. Sogar das Gender-Sternli ist hier unangebracht, die weni-

gen Geouteten sind nämlich alles Männer; vom linken bis ins rechte Lager. Geoutete Frauen gibt es momentan nicht (allerdings verzeichnete das Parlament mit Marianne Huguenin schon anfangs der Nullerjahre seine erste geoutete Politikerin). Eine geoutete trans Person gab es im Parlament noch gar nie.

Solange LGBT-Politiker*innen es gar nicht erst ins Bundeshaus schaffen oder aber sich nicht sicher genug fühlen, um sich zu outen, stimmt etwas nicht. Wir sind nicht nur an einem Punkt, an dem ein Coming-Out noch nötig ist – wir sind sogar am Punkt, an dem jedes In-Erwägung-Ziehen eines öffentlichen Coming-Outs auch eventuelle Shitstorms und Abstiege involviert.

Schutz vor dem Übergangen-Werden

Lesbische Ständerätinnen, bisexuelle Nationalräte: Arbeiten wir nicht darauf hin, dass solche Aspekte eben genauso zur Normalität gehören wie Haarfarbe und Haustiere? Ja, eh; aber dazwischen müssen Schritte gemacht werden, von denen wir noch weit entfernt sind. Unsere Politik, nicht nur auf der nationalen Ebene, soll die Schweizer Bevölkerung vertreten. Deshalb sind die Sprachregionen und Kantone möglichst ausgeglichen vertreten im Parlament, im Falle des Ständerats sogar überproportional, um die Minderheit der kleinen Kantone vor dem Übergangen-Werden zu schützen. Als Ignazio Cassis für den Bundesrat kandidierte, lag es vielen Schweizer*innen am Herzen, dass mit ihm endlich auch wieder das Tessin vertreten war in der Regierung. Weil es eben etwas ausmacht, ob bei einer eventuellen Entscheidung rund ums Tessin die Entscheidungsträger aus Biasca oder aus Mettmensätten stammen.

Nun ist die Erweiterung der Antirassismusstrafnorm aber nicht die einzige Angelegenheit, bei der queere Perspektiven relevant sind. Ende August befand die Rechtskommission des Nationalrats, dass die Ehe für alle zwar Zukunft habe, aber ohne den Zugang zu Samenspenden, der vor allem für Frauenpaare die nötige Basis einer Familiengründung wäre. Hätte



Die queerfeministische Liste «q*f».

das Ergebnis anders ausgesehen, wenn im Parlament nicht 70 Prozent Männer sitzen würden? Und null Prozent offen lesbische oder bisexuelle Frauen? Wie fair wird über ein so wichtiges Anliegen wie die Ehe für alle entschieden, wenn im Parlament der Anteil derjenigen, die davon betroffen wären, so viel kleiner ist als in der tatsächlichen Schweizer Bevölkerung?

Fast zwei Tamaras

Um den Anteil queerer Parlamentarier*innen zu erhöhen (und natürlich auch, um queere Stimmen zu gewinnen), outen sich dieser Tage viele Kandidierende gezielt. Vom Aargau über Bern bis Zürich kandidieren trans Personen, und gleich zwei frauenliebende Tamaras sorgen mit ihrer Berner Kandidatur für Aufruhr: Während die offen lesbische Tamy Glauser ihre Kandidatur aufgrund zu heftiger öffentlicher Reaktionen wieder zurückzog (!), hat die frisch ehemalige Juso-Präsidentin und ebenso frisch geoutete Bisexuelle Tamara Funciello Chancen auf einen Sitz. Im Aargau gibt es mit «q*f» sogar eine ganze queerfeministische Liste.

Die LGBT-Dachverbände veröffentlichen derzeit die Plattform regenbogenpolitik.ch, auf denen einerseits queere Kandidierende aufgelistet sind, andererseits aber auch LGBT-bezogene Haltungen von Kandidierenden, unabhängig von ihrer eigenen Identität. Denn natürlich ist nicht garantiert, ob eigene «Betroffenheit» eine*n Kandidierende*n LGBT-freundlich macht; es gibt genauso ausländerfeindliche Politiker mit Migrationshintergrund wie unfeministische Politikerinnen.

Und doch: Das Parlament basiert auf dem Prinzip der Volksvertretung. Das ist zu beachten in einer Zeit, in der besonders viele LGBT-Themen diskutiert werden. Und zu einer Zeit, in der wir unsere Vertretung neu wählen können.

Anna Rosenwasser, 1990, ist Journalistin, Geschäftsführerin der Lesbenorganisation Schweiz (LOS) und kandidiert im Kanton Zürich für die JUSO. Ihr Polit-Crush zu Teeniezeiten war allerdings Bastien Girod.

regenbogenpolitik.ch

SCHWARZES

GOLD,



Mountaintop Mining: Wenn die Berge durch den Kohleabbau ihre Gipfel verlieren.

Wenn Sie jemals in Washington, D.C. sind, sollten Sie eine Fahrt in den Westen zu den Appalachen unternehmen, (nachdem Sie das Smithsonian-Institut besucht und den Nationalpark entlang gegangen sind). Steigen Sie in ein Auto, in wenigen Stunden befinden Sie sich in West-Maryland. Dort befindet sich auch der Bezirk Alleghany, der Ort meiner Kindheit.

Ich wurde in Cumberland, MD, im Sacred Heart Hospital geboren, einem katholischen Krankenhaus, das später geschlossen wurde, da alle drei kleinen Bezirkskrankenhäuser zu einem grossen Gesundheitszentrum zusammengefasst wurden. Aber hier soll es nicht um die hitzigen Diskussionen und die endlose Geschichte des US-amerikanischen Gesundheitssystems gehen. Wir konzentrieren uns auf eine andere wichtige Akteurin in Alleghany: Kohle.

Allein in Frostburg, der Stadt, in der ich aufgewachsen bin, hatten wir im goldenen Zeitalter zwölf Kohlebergwerke der Industrie. Frostburg wurde direkt auf einem Netzwerk von verlassenen Minen erbaut. Unter den meisten Häusern in Frostburg findet man Tunnel, die geschlossen und vergessen sind. Wenn Sie eine Wanderung in die bewaldeten Berge rund um die Stadt machen, können Sie überall sogenannte Sinkholes finden, die von einem Ab-

sperrband umgeben sind. Ein Sinkhole kommt häufig vor in den Appalachen: ein Punkt über einem (häufig) eingestürzten verlassenen Tunnel, der im Boden versinkt und einen instabilen Krater zurücklässt.

Die Geschichte Frostburgs ist mit dem schwarzen Gold eng verflochten oder wie andere sagen: mit dem schwarzen Gift. Die Kohleindustrie ist die treibende Kraft der Stadt, prägt sie wirtschaftlich und ist auch Teil der lokalen Identität. Die High-School-Fussballmannschaft zum Beispiel heisst Frostburg Miners, eine Hommage an die Bergleute.

Heute beherbergt Frostburg noch drei aktive Kohlebergwerke, von denen eines vorübergehend stillgelegt ist. Als ich noch in der Stadt lebte, waren es vier. Eines war direkt gegenüber unserer Veranda auf einem Berggipfel. Es war eine Bergmine und somit eine der zerstörerischsten Arten, den Bergen ihren Reichtum zu nehmen. Diese Methode schädigt die Appalachen – eines der ältesten Gebirge der Welt – nicht nur, sondern sie zerstört sie vollständig. Durch den Abbau auf der abgerundeten Bergspitze und das Graben im Inneren ruiniert eine Bergmine den ganzen Berg.

Die Technik des Surface Mining besteht darin, die Kohleflöze zu gewinnen, indem «über-

schüssiger» Boden entfernt wird, um Zugang zur profitablen Ressource zu erhalten. Der Überschuss – der Berggipfel oder in anderen Fällen der gesamte Grat – wird oft in nahegelegene, tiefere Täler geworfen. Nachdem der Berg seines Reichtums beraubt ist, wird ein Teil der Abraumhalde wieder auf die Mine abgekippt. Ein Versuch, einen Teil der entstandenen Schäden zu beheben. Aber niemand kann einen über Jahr-millionen gewachsenen Berg wiederaufbauen.

Der Abbau erfolgt mit Sprengstoff, den sie in den frühen Morgenstunden (ca. 4 Uhr) zünden. Wir hatten oft Nachrichten im Briefkasten, die uns wissen liessen, dass wir in der Nacht mit einer lauten Explosion rechnen sollten, so dass wir keine Angst haben mussten. Ich kann mich gut daran erinnern, dass ich als Kind nachts aufgeschreckt bin, weil meine Eltern mir nichts von den Sprengungen erzählten. Ich dachte immer, es habe ein Erdbeben gegeben. Diese regelmässigen nächtlichen Explosionen gehörten mit zu den unangenehmsten Auswirkungen des Kohlebergbaus auf unsere Gemeinde.

Beim Sprengen gelangt Kohle und Schmutz in die Luft, die gesamte Stadt wird mit einer glatten Staubschicht bedeckt. Beim Waschen der Fenster, einer Arbeit, mit der meine Schwester und ich oft beauftragt wurden,



Die Kohlemine gegenüber dem Haus aus der Kindheit.

kämpften wir jedes Mal mit unendlichen Kohlenstaubschichten. Mit unseren Fingern zeichneten wir oft Dinge auf die dreckigen Fensterscheiben, bevor wir sie sauber wischten.

Der Staub wurde von der Mine zu unserem Haus getragen und – viel alarmierender – in die Lunge. Black Lung nannte man das früher: eine Krankheit, die viele Bergleute und die Bevölkerung eines Grossteils der Appalachen heimgesucht hat. Der Staub dringt in die Körper der Bergleute ein und verteilt schwarzen Schmutz in den Atemwegen. Zu den ersten Symptomen gehört starker Husten, der zu einer allgemeinen Schwäche führt, vergleichbar mit der Wirkung des Kettenrauchens. Die Black Lung Disease hat einen Grossteil der Arbeiterklasse der Appalachen geschwächt. Heute ist die Krankheit durch staatliche Massnahmen und ein erhöhtes Bewusstsein zwar seltener geworden, aber die Auswirkungen des Kohlenstaubs sind immer noch zu spüren.

Ich verliess Frostburg vor fünf Jahren und während meiner Abwesenheit lernte ich den Ort am besten kennen. Abseits zu sein und aus der Ferne zu beobachten, wie sich die Heimatstadt entwickelt, schafft eine Verbindung. Meine Mutter, meine Schwester und ich versuchen immer, die Ereignisse in der Stadt zu ver-

folgen. Vor einigen Jahren wollte Shell beispielsweise in dem Gebiet Fracking betreiben und so die Wasserversorgung gefährden. Das Volk lehnte sich dagegen auf – und kürzlich wurde meine alte Schreiblehrerin in den Stadtrat als Energiechefin gewählt. Als ich sie diesen Sommer besuchte, erzählte sie mir begeistert von den Plänen zum Bau einer Windfarm in der Region.

Ich habe drei Wochen im Alleghany County verbracht, bei alten Freundinnen und Bekannten gewohnt und all die Orte besucht, die ich von früher noch in Erinnerung hatte. Einige haben nicht überlebt, auch der Berggipfel gegenüber von unserem alten Haus ist weg – die Mine ist verlassen. Das macht mich traurig. Zum Glück gab es auch kleine Flammen der Hoffnung. Ich kann zum Beispiel kaum beschreiben, wie begeistert ich war, als ich ein Poster für eine Gay-Pride-Parade in der Nachbarstadt entdeckte – in einem rein republikanischen County.

Miriam Rizvi, 2001, ist im dritten Jahr an der Kantonsschule am Burggraben St.Gallen, Juso-Nationalratskandidatin (Liste 3b) und Mitglied des Kollektivs Klimastreik Ostschweiz.

Ab 26. Oktober 2019

F
S
W
U
T

Oper von
Charles Gounod

Mit grosszügiger
Unterstützung von

Julius Bär

Müller-Lehmann-Fonds

OSMT

theatersg.ch

Konzept: tgg.ch